



Pressespiegel

Ausgabe: 11.05.2021



In Duisburg 37 Prozent aller Neueinstellungen befristet



IG BAU: „Zu viele Jobs mit Verfallsdatum“ | Gesetz gefordert

Wenn der Job zur Zitterpartie wird: Infolge der Corona-Pandemie tragen Beschäftigte, die in Duisburg einen befristeten Arbeitsvertrag haben, ein besonders hohes Risiko, ihre Stelle zu verlieren. Davor warnt die IG BAU. Im vergangenen Jahr hatten 37 Prozent aller Neueinstellungen in der Stadt ein Verfallsdatum. Von rund 8.900 Arbeitsverträgen, die im zweiten Quartal neu abgeschlossen wurden, waren etwa 3.300 befristet, so die Gewerkschaft unter Verweis auf eine aktuelle Auswertung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.

„Die Zahlen zeigen, dass auf dem heimischen Arbeitsmarkt etwas aus dem Ruder gelaufen ist. In der Corona-Krise können Befristungen für die Betroffenen leicht zur Falle werden, wenn Unternehmen solche Stellen nicht mehr verlängern“, sagt Karina Pfau, Bezirksvorsitzende der IG BAU Duisburg-Niederrhein.

Nach Beobachtung der Gewerkschafterin sind befristete Stellen in Branchen wie der Gebäudereinigung und der Landwirtschaft stark verbreitet. Junge Beschäftigte seien besonders häufig betroffen. „Wer als Berufseinsteiger eine Wohnung finden oder einen Kredit aufnehmen will, der hat mit einem befristeten Vertrag schlechte Karten. Wegen der Unsicherheit muss manchmal sogar der Wunsch nach eigenen Kindern vertagt werden“, kritisiert Pfau.

Die IG BAU fordert die Bundesregierung dazu auf, ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen und Befristungen ohne einen sogenannten Sachgrund einzudämmen. Als Sachgründe gelten etwa eine Schwangerschaftsvertretung oder eine Probezeit.

Ein aktueller Gesetzentwurf von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) sieht vor, dass sachgrundlose Befristungen künftig nur maximal 18 anstatt bisher 24 Monate andauern und in diesem Zeitraum nur noch einmal statt wie bisher dreimal verlängert werden dürfen. In Betrieben mit mehr als 75 Beschäftigten sollen solche Verträge auf höchstens 2,5 Prozent der Belegschaft begrenzt werden.

„Bisher stand die Union bei diesem Vorhaben auf der Bremse. Aber das Gesetz ist überfällig – und es bleiben nur noch wenige Wochen, um es in dieser Legislaturperiode durch den Bundestag zu bringen“, betont Gewerkschafterin Pfau. Die Pandemie habe



Pressespiegel

Ausgabe: 11.05.2021



gezeigt, dass neben den kaum abgesicherten Minijobs und Leiharbeitsverhältnissen auch Befristungen alles andere als krisenfest seien.

Nach Angaben des WSI waren im zweiten Quartal vergangenen Jahres im bundesweiten Durchschnitt gut 39 Prozent aller Neueinstellungen befristet. In der Altersgruppe bis 25 Jahren hatten knapp 51 Prozent aller neu abgeschlossenen Verträge ein Ablaufdatum (Azubis nicht mitgerechnet). Frauen sind häufiger von Befristungen betroffen als Männer, auch ein Migrationshintergrund wirkt sich negativ aus, so das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Im vergangenen Jahr wurden befristete Verträge laut IAB seltener verlängert, die Personalabgänge nach Befristungsende stiegen an und die Zahl der Übernahmen in unbefristete Beschäftigung sank deutlich

Lokalkompass.de

IG BAU: Überarbeitete Handwerksordnung ohne Tarifbindung ist kurzfristig



"Da wird eine große Chance vertan. Wenn die neue Handwerksordnung so Ende Mai vom Bundesrat verabschiedet wird, wird die Einkommenslücke zwischen der kleinbetrieblich strukturierten Handwerksbranche und der Industrie noch größer werden", sagt Carsten Burckhardt, Bundesvorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU). Die Folge: Viele gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wandern in andere Wirtschaftszweige ab, in denen sie nicht nur bessere Arbeits-, sondern auch deutlich bessere Einkommensbedingungen vorfinden.

Was war passiert? Nachdem die Bundesregierung in zwölf Handwerksbranchen die Meisterpflicht wiedereingeführt hatte, musste nun die Handwerksordnung, als gesetzliche Grundlage, überarbeitet werden. Seit Beginn des Gesetzgebungsverfahrens setzt sich die IG BAU aktiv dafür ein, dass die Tarifpartnerschaft und Tarifbindung im Handwerk wieder gestärkt wird. So fordert die Gewerkschaft unter anderem, dass der Abschluss von Tarifverträgen eine Muss-Bestimmung wird. Wenn Kreis-, Landes- und Bundesinnungen nicht mehr bereit sind, Tarifverträge für ihre Betriebe und deren Beschäftigte abzuschließen, wenn die Innungen nicht gewillt sind, mit Gewerkschaften als Regulativ am Arbeitsmarkt zu agieren, sollten sie, nach Vorstellungen der IG BAU, ihren Status als Körperschaft Öffentlichen Rechts verlieren. Die Forderungen blieben jedoch ungehört.



"Dem Handwerk fehlen 65 000 Fachkräfte, immer mehr Betriebe sehen den zunehmenden Mangel als größte Herausforderung für die Zukunft an. Wenn wir gesetzlich da jetzt nicht einschreiten, wird dieses Problem eher größer als kleiner", sagt Burckhardt. "Das ist nicht nur politisch kurzfristig, sondern ignoriert auch die Sorgen und Probleme der betroffenen Arbeitnehmer."

In der vergangenen Woche wurde das Gesetz vom Bundestag verabschiedet, voraussichtlich am 28. Mai steht es auf der Tagesordnung des Bundesrates. "Wir werden unser Ziel auch im bevorstehenden Bundestagswahlkampf nicht aus den Augen verlieren und uns weiter für die Beschäftigten im Handwerk stark machen", sagt der Gewerkschafter abschließend.

Lokalkompass.de

Ringen um die Zukunft von Thyssenkrupp Steel

Vorstandschefin Merz plant Abspaltung des Stahlgeschäfts. IG Metall stellt Bedingungen. Druck durch Klimaschutz-Urteil

Von Ulf Meinke

Essen. Es wäre eine Zäsur für Thyssenkrupp: Vorstandschefin Martina Merz plant, die traditionsreiche Stahlsparte mit ihren großen Standorten in NRW vom Konzern zu trennen. Zu einer Verselbstständigung des Stahlgeschäfts wird es nach Einschätzung der IG Metall allerdings frühestens im nächsten Jahr kommen. „Über diese wichtige Frage wird es keine schnelle Entscheidung geben. Vermutlich fällt sie nicht vor Anfang 2022“, heißt es in einem Informationsschreiben des Vorstands der IG Metall NRW an die Beschäftigten. Der Zeitplan

zeichne sich in den Verhandlungen zwischen der IG Metall und der Thyssenkrupp-Führung ab.

„Wir verlangen eine solide Lösung, und dafür werden wir Zeit brauchen“, sagt Detlef Wetzel, der die Arbeitnehmerinteressen als Vize-Aufsichtsratschef von Thyssenkrupp Steel vertritt. In der vergangenen Woche gab es eine Sitzung des Steel-Aufsichtsrats. In dem Kontrollgremium wollte die IG Metall auf klare Zusagen durch den Essener Mutterkonzern pochen.

Thyssenkrupp-Chefin Merz hatte Anfang des Jahres angekündigt, sie wolle das Stahlgeschäft, zu dem rund 27.000 der 100.000 Thyssen-



Thyssenkrupp-Chefin Martina Merz.

FOTO: ROLF VENNENBERND / DPA

krupp-Beschäftigten gehören, in die Selbstständigkeit führen. Merz forderte, die Stahlsparte müsse so „aufgestellt sein, dass es keine Zuschüsse mehr aus der Zentrale braucht“.

Die Arbeitnehmervertreter knüpfen ihre Zustimmung zu einem möglicherweise historischen Konzernumbau an Bedingungen. „Zumindest in der Startphase dürfen keine neuen Aktionäre an Bord gehen, damit das Stahlgeschäft nicht in die Hände von reinen Finanzinvestoren fällt“, fordert die IG Metall. Thyssenkrupp Steel müsse zudem von finanziellen Risiken befreit werden, „die noch irgendwo schlummern könnten“.

Zum Forderungskatalog der IG Metall gehört auch, die konzern-eigenen Stahlservice-Center zu Thyssenkrupp Steel zu holen. Diese Vertriebsaktivitäten gehören bis-

lang zur Werkstoffhandelssparte Material Services.

Ein weiterer Knackpunkt: Für einen klimafreundlichen Umbau der Stahlproduktion sind milliardenschwere Investitionen erforderlich. Dabei hofft der Konzern auf staatliche Unterstützung. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz steigt der Druck. „Wir können und wollen einen massiven Beitrag zum Klimaschutz leisten“, sagt Bernhard Osburg, der Vorstandschef von Thyssenkrupp Steel. „Wir brauchen allerdings ganz konkrete politische Schritte und nicht nur neue Ziele und Ankündigungen.“

WAZ Mantel



Pressespiegel

Ausgabe: 11.05.2021



Gemeinsame Pressemeldung zum Wohnungsbau-Tag: Neubau von mindestens 80 000 Sozialwohnungen jährlich gefordert



Die Messlatte für die neue Bundesregierung ist gelegt: Zukünftig müssen in Deutschland jährlich mindestens 80 000 neue Sozialwohnungen gebaut werden. Dazu kommt ein hoher Anteil an bezahlbaren Wohnungen. Diese Zielmarke setzte jetzt der 12. Wohnungsbau-Tag.

Insgesamt sind bundesweit 12,7 Millionen Haushalte auf eine Wohnung im unteren beziehungsweise mittleren Preissegment angewiesen – immerhin 56 Prozent aller Mieterhaushalte und damit 22,8 Millionen Menschen. Vordringliche Aufgabe der neuen Bundesregierung sei es also, ein "Nachhol-Paket" beim sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau zu schnüren.

Dafür seien für das bezahlbare und für das soziale Wohnen bis 2025 rund 10 Milliarden Euro pro Jahr an Fördergeldern und Zuschüssen des Bundes notwendig. Das Verbändebündnis Wohnungsbau fordert dazu einen Masterplan "Sozialer Wohnungsbau". Dieser soll mit einem Mix aus mindestens 80 000 neu gebauten Sozialwohnungen pro Jahr sowie einer Förderung für den Ankauf von Wohnungen aus dem Altbaubestand und dem Ankauf von Belegungsrechten fürs soziale Wohnen dazu beitragen, dass die Zahl der Sozialwohnungen in Deutschland wieder spürbar steigt. Denn diese sei seit Jahren rückläufig (Rückgang seit 2002: 55 Prozent). Die Zielmarke liege hier bei mindestens 2 Millionen Sozialwohnungen bis 2030, so das Bündnis.

Engpass beim Wohnungsneubau sei vor allem das Bauland. Die Preise dafür seien in den vergangenen sechs Jahren um 45 Prozent "regelrecht nach oben geschossen". Zum Vergleich: Die Verbraucherpreise sind, so das Wohnungsbau-Bündnis, im gleichen Zeitraum um lediglich 6,9 Prozent gestiegen. In Berlin-Mitte koste ein Quadratmeter Bauland knapp 7300 Euro, in Mainz 1350 Euro und in Nürnberg 1070 Euro – Preise, die bezahlbares Wohnen kaum möglich machten. Daher müssten dringend zusätzliche Baugrundstücke mobilisiert werden. Und in den Kommunen sei ein neues "Bauland-Management" notwendig: Eine Bodenpolitik, bei der Städte und Gemeinden Flächen überplanen, die sie selbst zu einem "bezahlbaren Preis" kaufen, so die Forderung im "Aktuplan 2025" vom Verbändebündnis Wohnungsbau.

Darüber hinaus brauche der Wohnungsbau dringend Verlässlichkeit und Perspektive: "Bauen ist eine Dauer-Aufgabe. Und dafür brauchen wir verlässliche Rahmenbedingungen. Allen voran eine bessere steuerliche Abschreibung, die längst überfällig ist: die Erhöhung der linearen AfA von 2 auf 3 Prozent", fordert das Wohnungsbau-Bündnis.



Pressespiegel

Ausgabe: 11.05.2021



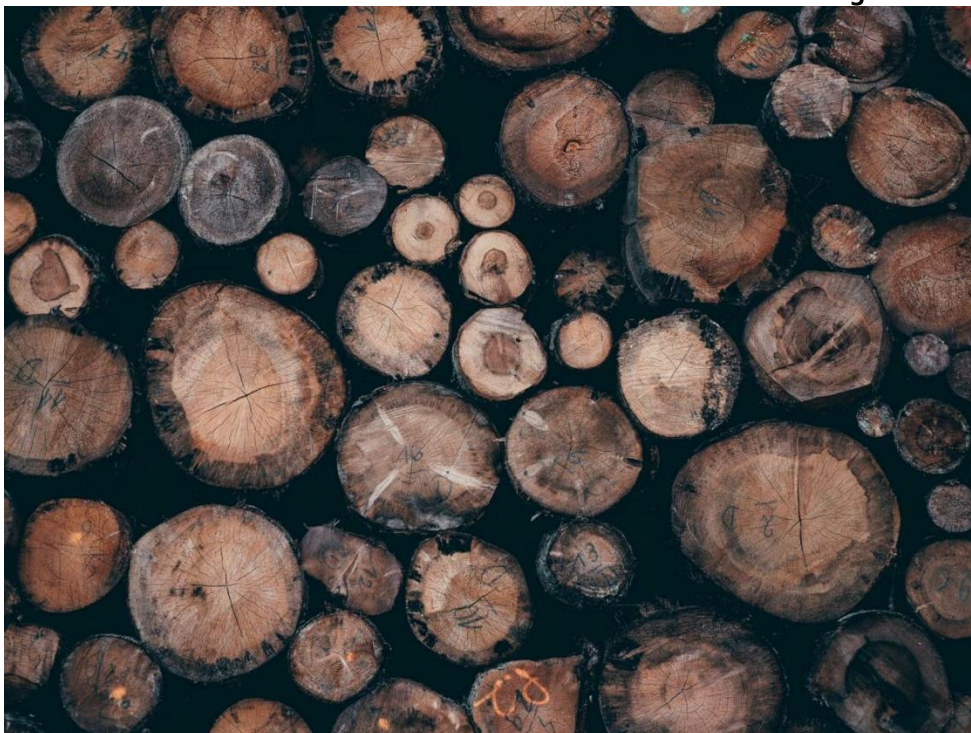
Auch eine zu dünne Personaldecke in den Verwaltungen sei oft ein Hemmschuh für den Wohnungsbau: Für notwendige Bauplanungen und Baugenehmigungen seien mehr Fachkräfte erforderlich, so eine Forderung auf dem Wohnungsbau-Tag. Eine kreative Lösung sei es, Personal-Pools zu schaffen, die gerade auch für das notwendige Bauen im Umland von Ballungsräumen flexibel eingesetzt werden könnten. Zum "Wohnen im Speckgürtel" stellte der Branchen-Gipfel die Studie "Neue Wohnkonzepte fürs Umland von Großstädten" vom Deutschen Institut für Urbanistik vor. Das Difu zeigt darin die Chancen zur Entlastung überforderter Wohnungsmärkte auf und skizziert gelungene Beispiele aus der Praxis. Mehr dazu: www.wohnungsbautag.de/studien

Der Wohnungsbau-Tag gab Bund, Ländern und Kommunen zudem eine intensive "Kostenkontrolle bei Gesetzen und Normen" mit auf den Weg: "Wenn der Staat dem Wohnungsbau neue Vorschriften und Auflagen zumutet, dann muss da jeweils auch ein Preisschild dran. Der Staat muss selbst wissen, was das, was er dem Wohnungsbau verordnet, am Ende kostet. Bau- und Immobilienbranche können ihm dann sagen, ob damit noch bezahlbare Mieten möglich sind oder nicht. Es darf jedenfalls keine Planung mehr nur am 'grünen Tisch' ohne Praxisbezug geben", so das Verbändebündnis Wohnungsbau.

Darüber hinaus spricht sich die Branche dafür aus, mehr Wohnungen pro Quadratmeter Bauland zu realisieren: In Ballungszentren soll dichter und höher gebaut werden. Hierzu müsse es eine Erhöhung der Geschossflächenzahl (GFZ) von 1,0 auf 2,0 geben. Darin stecke die Chance, mehr Menschen in Innenstädten wohnen zu lassen und gleichzeitig die Mietpreise um 20 Prozent und mehr zu senken. Zudem müsse es eine Offensive zur Digitalisierung für den Bau geben – von der Planung und Genehmigung bis zur Bauausführung. Dies würde den Bauprozess schneller, günstiger und weniger anfällig für Fehler machen. Zudem müssten die Bauordnungen der Länder vereinheitlicht und Typengenehmigungen eingeführt werden.

Lokalkompass.de

Wald in Not: IG BAU fordert 11 000 zusätzliche Forstbeschäftigte



Zu den heute bekannt gewordenen Zahlen des Statistischen Bundesamtes zum massiven Anstieg des Holzeinschlags in Deutschland erklärt Harald Schaum, stellvertretender Bundesvorsitzender der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU):



Pressespiegel

Ausgabe: 11.05.2021



"Die Zahlen zeigen, wie dramatisch die Lage in Deutschlands Wäldern ist. Die Folgen für das Forstpersonal sind es auch. Dürren, Stürme und Schädlingsbefall führen zu einer nie dagewesenen Arbeitsbelastung bei den Beschäftigten im Forst. Sie müssen nicht nur eine rasant gestiegene Zahl toter Bäume aus den Forsten holen, sondern zugleich die für den Klimawandel gewappneten Wälder der Zukunft anlegen. In einer Branchenumfrage der Gewerkschaft klagten neun von zehn Befragten über fehlendes Personal. Stress und Burn-out-Symptome haben besorgniserregende Ausmaße angenommen. Es ist höchste Zeit, dass sich Bund, Länder und Kommunen um zusätzliche Fachkräfte kümmern. Bundesweit sind mindestens 11 000 weitere Forstbeschäftigte nötig, um der Not im Wald Herr zu werden. Allein mit der Ankündigung von Agrarministerin Julia Klöckner, 500 Millionen Euro für Wiederaufforstung bereit zu stellen, ist es nicht getan."

Lokalkompass.de

Bauholz immer teurer und knapper

Erhöhte Nachfrage durch Bauboom

Berlin. Der Bauboom in der Corona-Pandemie hat die Nachfrage nach Holz als Baustoff kräftig angekurbelt – und die Preise für bearbeitetes Holz deutlich steigen lassen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, waren im März die Preise für Nadel-schnittholz etwa für Dachlatten oder Bauholz um mehr als ein Fünftel höher als im März 2020. Der Export von Holz aus deutschen Wäldern ins Ausland legte im vergangenen Jahr massiv zu; zu Beginn des Jahres 2021 setzte sich dieser Trend aber nicht fort.

Der Holzeinschlag in Deutschland ist auf Rekordniveau: Im Jahr 2020 wurden 80,4 Millionen Kubikmeter Holz eingeschlagen – so viel wie nie zuvor seit der Wiedervereinigung. „Grund dafür sind vermehrte Waldschäden infolge des auch durch Trockenheit und Hitze begünstigten Insektenbefalls“, erklärte das Statistikamt. So machte 2020 der Schadholzeinschlag aufgrund von Insektschäden mehr als die Hälfte (53,8 Prozent) des Holzeinschlags aus. Gefällt wurden vor allem Nadelhölzer wie Fichten, Kiefern oder Tannen. Mit 70,2 Millionen Kubikmetern machen sie fast 90 Prozent des Einschlags aus. Zugleich ist immer mehr Rohholz ins Ausland verkauft worden. Die Menge stieg von 2015 bis 2020 um mehr als das Dreifache. *afp*



Bauboom und Waldschäden treiben Holzpreise in die Höhe. FOTO: PA

WAZ Mantel